



Volker Türk besuchte Vaduz
Der UNO-Hochkommissar für Menschenrechte weilte für einen Arbeitsbesuch in Liechtenstein. 7

Fest ohne Geburtstagskind
Das Junge Theater zeigt eine witzige Komödie über ein Fest, bei dem die Jubilarin nicht auftaucht. 9

Noch kein Abo?
Jetzt gleich bestellen unter +423 236 16 61



Wenig Bewegung bei Wildtierbrücken

Aufgrund der Ankündigung, dass das Astra weitere Wildtierbrücken über die Autobahn baut, kam die Frage auf, wie es mit Wildtierbrücken in Liechtenstein aussieht. Pläne für solche existieren seit Jahrzehnten. Bereits vor 20 Jahren wurde eine Machbarkeitsstudie bezüglich einer Wildtierbrücke zwischen Schaan und Nendeln erstellt mit einer Kostenschätzung von 1,5 Millionen Franken. Doch diese Pläne wurden aufgrund des damaligen Sparmassnahmenpakets bis heute verschoben. Dass Handlungsbedarf besteht, steht für Michael Fasel, Präsident der Liechtensteiner Jägerschaft, ausser Frage. Doch «der politische Wille für die Umsetzung» habe gefehlt, denn das Astra habe Liechtenstein schon in den 1990er-Jahren über die geplanten Wildtierbrücken informiert, damit die Wildtierkorridore koordiniert werden könnten. Neben Wildtierbrücken seien auch Hecken und Feldgehölze nötig, die nachts nicht betreten werden dürfen, damit sich die Wildtiere über die Korridore trauen. (red) 3

Sapperlot

Vor Kurzem konnte am Binnenkanal der erste Fischotter seit seinem Aussterben in der Region in den 1970er-Jahren mit einem Foto einer Wildtierkamera nachgewiesen werden. Freudig teilte das Amt für Umwelt diesen «sensationalen Nachweis» in einer Meldung den hiesigen Medien mit. Den genauen Fundort wollte das Amt jedoch nicht bekannt geben. Aus gutem Grund: Zu viele Menschen würden sich dann auf die Suche nach dem geschützten Wassertier machen. Zugegeben, auch ich würde vermutlich «zufällig» einmal am Fundort vorbeispazieren, um zu schauen, ob ich den Fischotter irgendwo entdecken würde. Dabei verschwendet man meist keine Gedanken daran, dass solche Erkundungstouren - die oftmals schnell in Völkerwanderungen ausarten - für die betroffenen Tiere vermutlich nicht so gut sind. Auch wenn die Neugier noch so gross ist, sollte man deshalb etwas Vernunft walten lassen und Abstand von den Tieren halten. Mirjam Kaiser



Nein zu Energievorlagen war klare Absage an die «Verbotskultur»

Abstimmungsumfrage zeigt: Politik und Bevölkerung divergierten vor allem in der Herangehensweise.

David Sele

Unter anderem mit Blick auf die geplante Abänderung des Baugesetzes sprach Wirtschaftskammerpräsident Martin Meyer im Mai 2022 erstmals von einer «sich leise einschleichenden Verbotskultur». Kurz zuvor hatte die Regierung angekündigt, Öl- und Gasheizungen verbieten und eine Photovoltaik-Pflicht einführen zu wollen.

Das Heizungsverbot strich die Regierung mehr als ein Jahr später aus der Vorlage, übrig blieb eine Verschärfung der energetischen Gebäudevorschriften. Die Photovoltaik-Pflicht wurde im Lichte des drohenden Referendums in eine separate Vorlage gepackt. Doch all diese Manöver kamen offenbar zu spät.

«Verbot, Zwang, Vorschrift» war Hauptmotiv für ein Nein

Am vergangenen Sonntag bodigte das Stimmvolk dennoch beide Energievorlagen: Sowohl Gebäudevorschriften als auch PV-Pflicht sind mit über 65 Prozent der Stimmen abgelehnt worden. Vorangegangen war ein langwieriger Abstimmungskampf, in dem

Pro- und Contra-Lager vielfältige Argumentationslinien verfolgten.

Verfangen hat bei den Nein-Stimmenden aber nicht die Sorge vor steigenden Mieten oder die Hoffnung auf technologischen Fortschritt, sondern das Schlagwort der ersten Stunde: «Verbotskultur». Das zeigt die repräsentative Abstimmungsumfrage, die

Zinslose Darlehen für Sanierungen: Freie Liste kündigt Initiative an

Damit Personen, die es sich nicht leisten können, die Investition in nachhaltige Heizungen und PV-Anlagen stemmen können, sollte mit den Energievorlagen auch die Möglichkeit zinsloser Darlehen geschaffen werden. Das Ja-Lager führte im Abstimmungskampf unter anderem ins Feld, dass mit einem Nein vom Volk auch die Darlehen abgelehnt werden. Ebendies ist am Sonntag trotzdem geschehen. Am Dienstag kündigte die Freie Liste nun jedoch eine parlamentarische Initiative zur Einfö-

hrung zinsloser Darlehen für energetische Sanierungen an. Der Umstieg auf erneuerbare Energien solle insbesondere auch für diejenigen Haushalte finanzierbar sein, welche heute bereits unter den hohen Nebenkosten leiden. «Damit kommen wir unserer Verantwortung nach, jede Möglichkeit zu nutzen, unsere Energieversorgung ökologisch und sozial nachhaltig zu sichern», schreibt die Partei. Sie gehe davon aus, dass das Vorhaben im Landtag eine Mehrheit findet. (ds)

den demnach Kosten- oder Technologie-Argumente.

Zweifel an der Bedrohung durch den menschengemachten Klimawandel oder an den Einflussmöglichkeiten des Kleinstaates Liechtenstein spielten für die Nein-Stimmenden hingegen kaum eine Rolle. Insgesamt kamen derartige Aussagen nur in 1,9 Prozent der Begründungen vor.

Dagegen waren Klima- und Umweltschutz für die Ja-Stimmenden das wichtigste Motiv, gefolgt von Unabhängigkeit und Sicherheit der Energieversorgung. Die Befürworter teilten demnach die Beweggründe, auf die sich auch Regierung und Landtag gestützt hatten.

Auch die jungen Wähler stimmten mehrheitlich dagegen

Weiter zeigen die Ergebnisse aus der Abstimmungsumfrage, dass die Energievorlagen über alle Generationen hinweg abgelehnt wurden. So stimmten die jüngeren Wähler zwar tendenziell eher mit Ja, doch selbst in der Altersgruppe der 18- bis 30-jährigen reichte es nur für 49 Prozent. 5

Judith Hoop als neue Stellvertreterin von Regierungsrat Frick vereidigt



Judith Hoop wurde gestern von Regierungschef Daniel Risch als Regierungsrats-Stellvertreterin vereidigt. Die Betriebsökonomin ersetzt Patrik Oehri, der seine Funktion als Stellvertreter von Regierungsrat Manuel Frick aufgrund seiner neuen Aufgabe als Stiftungsratspräsident des Landesspitals abgeben musste. 3

Bild: ikr

Israels schwarzer Tag im Gaza-Krieg

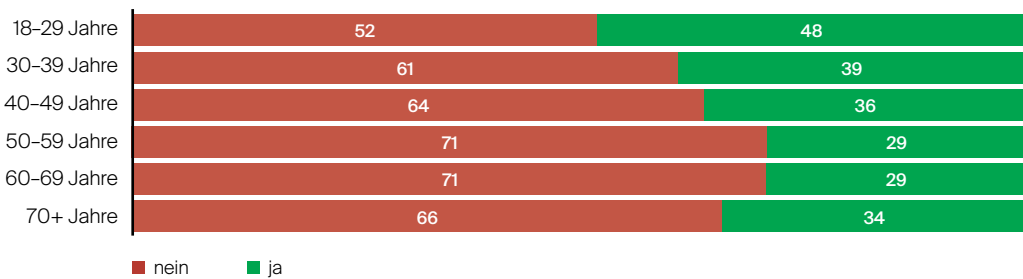
Israel steht unter Schock: Innerhalb weniger Stunden wurden am Montag 24 Soldaten bei drei verschiedenen Kampfhandlungen im Gaza-Streifen getötet. Es war dies der höchste Blutzoll für die israelische Armee seit dem Beginn des Gegenangriffs auf Hamas-Ziele in Folge des Terrorüberfalls vom 7. Oktober. Der schwerwiegendste Zwischenfall, bei dem 19 israelische Soldaten unter den Trümmern von zwei einstürzenden Gebäuden begraben und getötet wurden, ereignete sich im Küstenort Al-Mawasi, in der südlichen Peripherie von Chan Yunis. Offenbar hatten israelische Pioniere den Hauskomplex zur Sprengung vorbereitet und deshalb zuvor eingesammelte Landminen darin gestapelt. Als ein Gebäude von einer Hamas-Panzerabwehrakete getroffen wurde, kam es zur katastrophalen Detonation und zum Einsturz. Aus der von israelischen Zeitungen veröffentlichten Namensliste geht hervor, dass es sich bei den getöteten Soldaten um Reservisten im Alter zwischen 22 und 40 Jahren gehandelt hat, darunter mehrere Offiziere und überwiegend Familienväter. Es sei Teil der laufenden Untersuchung, ob die erfahrenen Soldaten gegen Vorschriften verstossen hätten. (red) 23



Auch junge Wähler sagten Nein zu den Energievorlagen

Die ersten Umfrageergebnisse des Liechtenstein-Instituts zeigen, dass alle Altersklassen die beiden Energievorlagen mehrheitlich abgelehnt haben. Auch bei den Parteisymphathien zeigt sich, dass sich nur Freie Liste-Anhänger wirklich dafür begeistern konnten. **David Sele**

Ablehnung der Energievorlagen durch alle Altersklassen

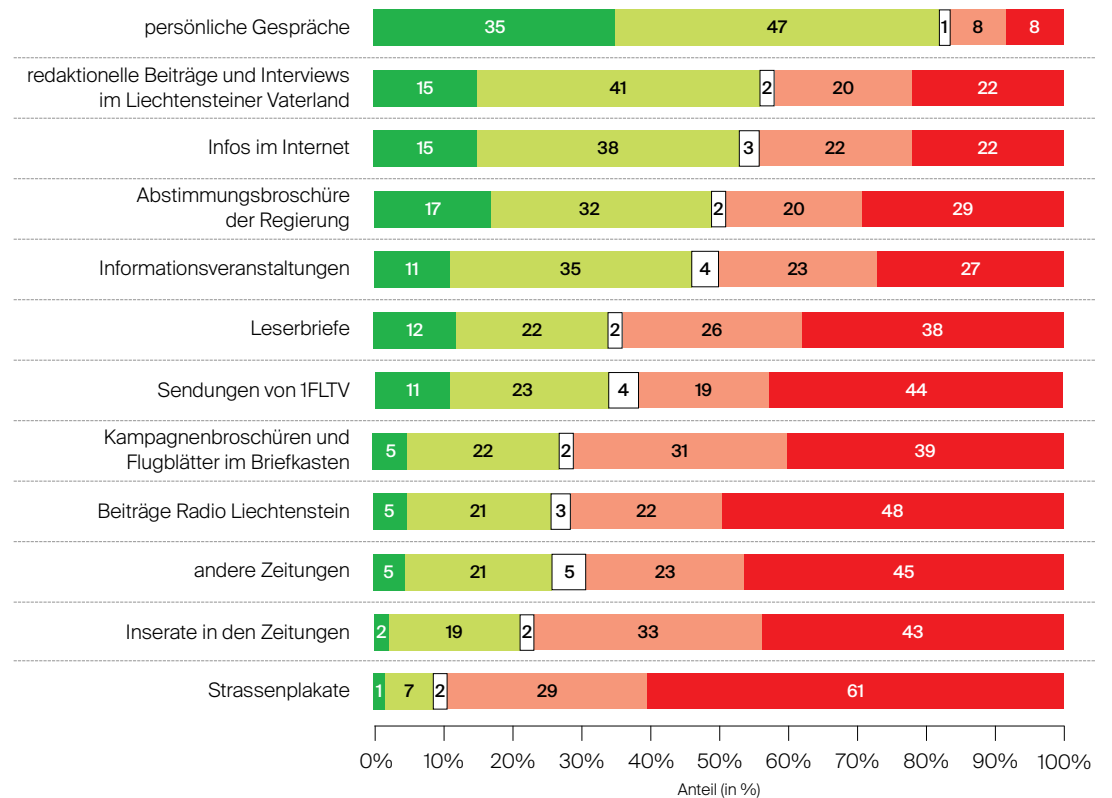


Bekanntermassen ist die Wahlbeteiligung in den jüngeren Bevölkerungsgruppen geringer. Hinzu kommt, dass es mehr ältere Wahlberechtigte gibt. Daraus ergibt sich die generelle Sorge, dass die Interessen der Jugend in Volksentscheiden weniger Gewicht erhalten. Auch bei den Energievorlagen spielte das Alter eine Rolle, wie aus den Umfrageergebnissen des Liechtenstein-Instituts her-

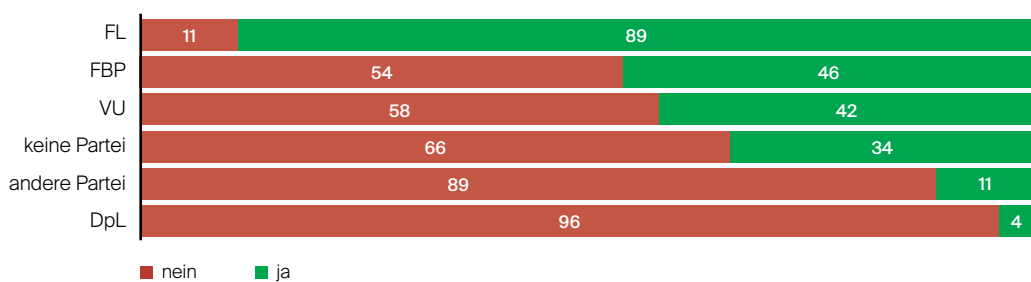
vorgeht: Die Generation der Babyboomer lehnte Gebäudevorschriften und PV-Pflicht am deutlichsten ab. Im Durchschnitt sprachen sich 71 Prozent der 50- bis 69-jährigen Umfrageteilnehmer gegen die Vorlagen aus, bei den 18- bis 29-Jährigen waren es hingegen lediglich 51 Prozent. Im Endergebnis ergibt sich daraus jedoch kein Unterschied: Über alle Altersgruppen hinweg

wurden beide Energievorlagen abgelehnt. Auch zwischen den Geschlechtern ist kein massgeblicher Graben erkennbar. Zwar sprachen sich die befragten Frauen eher für die Vorlagen aus, doch auch sie legten ein klares Nein in die Urne: Durchschnittlich sagten 62,5 Prozent der befragten Frauen Nein zu den Energievorlagen, bei den männlichen Umfrageteilnehmern waren es 68 Prozent.

Wichtigste Informationsquelle: 1FL TV überholt Radio L



Zustimmung für die Energievorlagen nur durch Freie Liste-Anhänger



Sowohl bei der Anpassung der Gebäudevorschriften wie auch der PV-Pflicht zeigt sich gemäss den Umfrageergebnissen ein Links-Rechts-Graben. Wer sich im politischen Spektrum eher links verortet, stimmte eher mit Ja und umgekehrt. Damit einher gehen prägnante Unterschiede mit Blick auf die Parteisymphathien.

So lehnten durchschnittlich 96 Prozent der DpL-Sympathisierenden die Energievorlagen ab, während 89 Prozent der FL-Sympathisierenden zustimmten. Bei den VU-Sympathisierenden stimmten 43 Prozent zu und bei der FBP 48 Prozent. Folglich entsprachen die Freie Liste und die DpL mit ihrer Positionierung im Abstimmungs-

kampf nahezu komplett der Haltung ihrer Wählerbasis. Für VU und FBP war die Ausgangslage weit schwieriger. Beide Grossparteien hatten eine Ja-Parole herausgegeben, ihre Wählerbasis war anhand der Energievorlagen aber gespalten beziehungsweise mehrheitlich dagegen.

Am vergangenen Sonntag musste das Stimmvolk gleich über drei Vorlagen entscheiden: Die energetischen Gebäudevorschriften, die Photovoltaik-Pflicht und die Initiative zum elektronischen Gesundheitsdossier (eGD). Der wichtigste Informationskanal im Vorfeld zu den Abstimmungen war einmal mehr das persönliche Gespräch. Das geht aus den ersten Ergebnissen der Abstimmungsumfrage des Liechtenstein-Instituts hervor. Für 35 Prozent der Umfrageteilnehmer waren persönliche Gespräche demnach sehr und für weitere

47 Prozent eher wichtig für die Entscheidungsfindung. An zweiter Stelle folgen die redaktionellen Beiträge und Interviews im «Liechtensteiner Vaterland», die für 56 Prozent sehr oder eher wichtig waren, wobei hier nicht zwischen Print und Online unterschieden werden konnte. Auf das «Vaterland» folgten Infos im Internet und die Abstimmungsbroschüre der Regierung, die von jeweils 49 Prozent als wichtig oder als unwichtig erachtet wird. Insgesamt entspricht dieses Bild den Ergebnissen der Um-

fragen zu früheren Wahlen und Abstimmungen. Die Wichtigkeit der Informationskanäle erhebt das Liechtenstein-Institut seit 2011. Eine bemerkenswerte Verschiebung ergibt sich nun jedoch auf den unteren Plätzen: Erstmals haben die Umfrageteilnehmer 1 FL TV wichtiger eingestuft als Radio Liechtenstein. Für 34 Prozent waren Sendungen von 1FL TV demnach wichtig oder sehr wichtig. Beiträge von Radio L erachteten dagegen 26 Prozent als wichtig oder sehr wichtig für die Entscheidungsfindung.

Hinweis Abstimmungsumfrage

n=1093, Daten gewichtet, Fehlermarge +/-3 Prozentpunkte, für kleinere Subgruppen, beispielsweise Anhängerschaften der Grossparteien (n= ca. 200) +/-7 Prozentpunkte.